

## Die soziale Frage im 19. Jahrhundert

### Arbeit

- inhumane Arbeitsbedingungen
- überlange Arbeitszeiten
- fehlende Sicherheitsvorkehrungen
- gesundheitliche Schäden
- Frauen-, Kinderarbeit
- handwerkliche Konkurrenz
- niedrige Löhne
- strenge Arbeitsdisziplin

### Leben

- Leben am Existenzminimum
- Armut, Hunger
- Wohnungselend (Mietskasernen, Slums)
- schlechtes Familienleben
- Verwahrlosung von Familien
- keine soziale Sicherheit
- Trunksystem
- extreme gesundheitliche Bedingungen

### Rechte

- politische Rechtlosigkeit
- Benachteiligung durch das Dreiklassenwahlrecht
- Streikverbot
- Koalitionsverbot
- politische und gesellschaftliche Deklassierung

prägt das Leben der Arbeiterschaft



## Unterschiedliche Friedenskonzeptionen

- **Frankreich** („Clemenceau-Friede“): Revanche für 1870/71, größtmögliche Schwächung Deutschlands.
- **USA** („Wilson-Friede“): Ausgleichender Friede, weltweite Friedensinstitution.
- **Großbritannien**: Entmachtung Deutschlands, das nicht durch überharte Maßnahmen dem Bolschewismus anheim fallen soll.

## Der schwierige, unbefriedigende Frieden

- **Krieg**: Totaler Krieg, keine neutrale Instanz vorhanden; starke Emotionen, Kreuzzugscharakter, Erfolgszwang aller Staatsmänner.
- **Weltfrieden**: Viele Probleme, Interessenüberschneidungen, neue Konflikte.
- **Friedensprogramm**: Gegensatz zwischen alter Machtpolitik (Frankreich) und neuer Friedenspolitik (USA).
- **Siegerkoalition**: Zerstritten, neue Rivalitäten

## Die wesentlichen Bestimmungen

- Entwaffnung, Abrüstung (Heer 100 000, Marine 15 000 Mann) gilt als Schmach.
- Reparationen; Dauerproblem bis 1934, Quelle rechtsgerichteter Propaganda und Agitation.
- Elsass-Lothringen (an Frankreich); erwartet.
- Eupen, Malmedy (Belgien), Nordschleswig (Dänemark); unproblematisch wegen überwiegend belgischer, dänischer Bevölkerung.
- Große Teile Westpreußens, Posen, Teil Hinterpommerns, Ostpreußens (polnischer Korridor) sowie östliches Oberschlesien (an Polen); äußerst belastend („urdeutsche Gebiete“).
- Danzig wird „Freie Stadt“.
- Memelland (Litauen), Hultschiner Ländchen (CSR) unproblematisch.
- Art. 227/228 (Kaiser ist Kriegsverbrecher), Art. 231 (alleinige Kriegsschuld Deutschlands) sind für alle Deutschen „beleidigend“.



## Politische Bestimmungen

- Der Rat der Außenminister (USA, GB, F, UdSSR, China) bereitet den Friedensvertrag mit Deutschland vor und regelt dessen Verwaltung
- der Alliierte Kontrollrat (= die Kommandeure der Besatzungszonen) übt die „oberste Gewalt“ im besetzten Deutschland aus; einstimmige Entscheidungen notwendig, Umsetzung der Beschlüsse jedoch nach „Ermessen“ des jeweiligen Militärgouverneurs
- gleiche Behandlung der Bevölkerung, „soweit praktisch durchführbar“
- Demilitarisierung und Denazifizierung, Demokratisierung, Dezentralisierung der Verwaltung
- Reorganisation eines demokratischen Gerichts- und Erziehungswesens
- Bestrafung der Kriegsverbrecher
- Zulassung demokratischer Parteien, freier Gewerkschaften; Berlin wird Viermächtestadt

## Wirtschaftliche Bestimmungen

- Vernichtung des deutschen Kriegspotenzials
- Verbot und Demontage der Kriegsindustrie
- Dezentralisierung der Wirtschaft
- Betonung der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie
- wirtschaftliche Einheit Deutschlands

## Territoriale Bestimmungen

- Das nördliche Ostpreußen kommt zur UdSSR (vorbehaltlich eines Friedensvertrags)
- polnische Westgrenze: Swinemünde-Oder-Görlitzer Neiße-tschechische Grenze; die Gebiete östlich davon kommen unter polnische Verwaltung, endgültige Regelung im Friedensvertrag (= provisorischer Charakter)

## Reparationen

Entnahme aus der jeweiligen Zone; UdSSR erhält zusätzlich 10 % der westdeutschen Reparationen



### Bestimmungen des Staatsvertrags:

- Einheitliches Wirtschaftsgebiet (= Währungs- und Wirtschaftsunion)
- Einführung der D-Mark in der DDR zu bestimmten Umtauschkursen
- Liberalisierung der Wirtschaft (= Aufgabe der Planwirtschaft)
- Einführung der sozialen Marktwirtschaft in der DDR
- Übernahme des bundesrepublikanischen Systems der sozialen Sicherheit
- Beitritt der DDR bzw. zu schaffender Länder zum Geltungsbereich des Grundgesetzes
- Vereinigung Berlins, Hauptstadt der BRD
- Änderung der Präambel des Grundgesetzes
- Übertragung des bundesrepublikanischen Rechts auf die DDR
- das Vermögen der DDR wird Bundesvermögen, das des Ministeriums für Staatssicherheit erhält die Treuhandanstalt

### Die Bedeutung der beiden Verträge

Ende der Teilung Deutschlands, Ende der DDR, Lösung des europäischen Kernproblems seit 1945, Impuls für den europäischen Einigungsprozess

### Die Bedingungsfaktoren

- die wirtschaftliche Schwäche der UdSSR
- die vorbehaltlose Unterstützung der USA
- das zielgerichtete Vorgehen von Kohl und Außenminister Genscher

### Die Vereinigung im In- und Ausland

**Inland:** Freude, Überschwang, aber auch Skepsis wegen der raschen Vereinigung und deren Folgen.

**Ausland:** Befürchtungen, Ängste, (Dämon aus der Flasche); Gründe: Rolle Preußens (Pickelhaube) bzw. Deutschlands im 19. und 20. Jh.; wirtschaftliche Dominanz des vereinten Deutschland („Deutschmark über alles“); Rückfall in nationalstaatliches Denken.



- 1948 Brüsseler Pakt; Organization for European Economic Cooperation (OEEC) ohne BRD
- 1949 Europa-Rat (Beitritt BRD 1951)
- 1949 Gründung der Nato, BRD tritt 1955 bei
- 1951 Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS = Montanunion)
- 1952 Europäische Verteidigungsgemeinschaft
- 1955 Westeuropäische Union (WEU)
- 1957 Römische Verträge (EWG, EURATOM)
- 1961 Organization for Economic Cooperation and Development (OECD)



- 1967 Europäische Gemeinschaften (= EGKS + EWG + EURATOM → EG)
- 1970 Europäische politische Zusammenarbeit (EPZ)
- 1975 Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE, seit 1995: Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE)
- 1985 Schengener Abkommen: F, BRD, Benelux-Staaten verzichten auf Personenkontrollen an ihren Binnengrenzen. Folgezeit: Ausweitung auf die EU-Staaten
- 1992 Vertrag von Maastricht (EU-Vertrag)
- 1999–2002 Einführung des EURO
- 2004 Vertrag über die Verfassung für Europa (gescheitert)
- 2004–2007 Osterweiterung der EU

